

Roland Schäfer
Bürgermeister der Stadt Bergkamen
Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Eingangsstatement
auf der Bilanzpressekonferenz des DStGB
im Rahmen der Bundespressekonferenz
in Berlin am 02. 01. 2017

„Flüchtlingsintegration, öffentliche Sicherheit und Kommunalfinanzen“

Allen zunächst ein frohes neues Jahr 2017!

Das Jahr 2017 wird kein einfaches Jahr. Unsicherheit und Ängste prägen den Jahresanfang. Menschen suchen nach Orientierung und Überschaubarkeit.

Dennoch müssen wir festhalten: Deutschland ist ein erfolgreiches Land. Die Wirtschaft wächst, wir haben eine geringe Arbeitslosigkeit. Der soziale Friede ist gewahrt. Dies alles werden wir nur erhalten, wenn wir zusammenstehen und eine Politik für die Menschen machen und weiter in einer offenen Gesellschaft leben.

Die Städte und Gemeinden spielen hierbei eine besondere Rolle. Die Menschen vertrauen ihrer Kommune. Hier können sie Einfluss auf das örtliche Geschehen nehmen. In den Kommunen zeigen sich Überschaubarkeit und Sichtbarkeit in einer zunehmend global vernetzten Welt. Die Glaubwürdigkeit von Politik wird von den Städten und Gemeinden transportiert. Deswegen sind in unserem Gemeinwesen die **Kommunen** so wichtig.

Im Jahr 2017 stehen die Themen Flüchtlingspolitik und Sicherheit ganz oben auf der Tagesordnung.

Ob und wie **Integration** der anerkannten Flüchtlinge gelingen wird, entscheidet sich in den Städten und Gemeinden.

Beim Thema **Sicherheit** müssen die Menschen wieder überzeugt werden, dass dieser Staat sie schützt, dass die Regeln gelten – und zwar für alle – und dass wir die Herausforderungen meistern können.

Freiheit und Offenheit gibt es nicht ohne Sicherheit. Deshalb ist es notwendig, dass wir die **innere Sicherheit ins Zentrum des politischen Handelns** stellen. Terror und Alltagskriminalität dürfen wir nicht hinnehmen.

Nach wie vor ist international betrachtet Deutschland ein sicheres Land, auch wenn die Menschen das subjektiv anders empfinden. Gleichwohl ist es notwendig, ständig zu prüfen, was wir aufgrund sich verändernden Bedrohungslagen tun müssen.

Maßnahmen für mehr Sicherheit müssen früh ansetzen. So müssen im Bereich des Terrors **Radikalisierungstendenzen** frühzeitig erkannt und bekämpft werden.

Gegen **Wohnungs- und Geschäftseinbrüche** muss entschlossen vorgegangen werden, neue digitale Möglichkeiten zur Prävention und Verfolgung von Verbrechen müssen genutzt werden. Statistisch gesehen gibt es alle 3,1 Minuten einen Einbruch oder Einbruchsversuch in Deutschland. Dagegen ist die Aufklärungsquote laut Polizeiangaben in den vergangenen zehn Jahren von 19,6 auf 15,2 Prozent gesunken.

Sicherheit ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in Städten und Gemeinden. Sie ist auch ein wichtiger Standortfaktor.

Eine besondere Rolle spielen **öffentliche Plätze**. Sie sind systemrelevant für die Demokratie. Ohne öffentliche Plätze keine offene Gesellschaft.

Was die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen betrifft, stellen Kommunen insbesondere in Absprache mit der Polizei vor Ort entsprechende **Sicherheitskonzepte** auf.

Eines muss aber auch klar sein: **Wir wollen und werden unsere Städte und Gemeinden nicht zur Festung machen.** Dann hätten Terroristen ihre Ziele erreicht, unsere westliche Gesellschaft und den Staat zu destabilisieren. Deutschland muss ein freies und liberales Land bleiben. Absolute Sicherheit kann es nicht geben.

Notwendig ist eine bessere zielgenaue Videoüberwachung in den Innenstädten und im öffentlichen Nahverkehr. Dem Schutz der Allgemeinheit müsse Vorrang vor dem Schutz der informationellen Selbstbestimmung gegeben werden.

Notwendig ist auch eine Ausweitung der Speicherfristen für Videoaufzeichnungen, um belastbares Material verwerten zu können.

Die Löschfristen müssen mindestens zwei Monate betragen. Eine 24- oder 48-Stundenfrist reicht nicht aus. Bundesweit sind die Fristen derzeit sehr unterschiedlich. Von maximal 48 Stunden in Berlin über eine Woche in Mecklenburg-Vorpommern, 14 Tage in NRW bis zwei Monaten in Sachsen.

Es müssen ausreichend Ermittler zur Bekämpfung der Wohnungs- und Geschäftseinbrüche eingesetzt werden. Zur Bekämpfung der Bandenkriminalität müssen die Sicherheitsbehörden der Länder stärker kooperieren und die Telekommunikationsüberwachung sowie die Verkehrsdatenüberwachung ermöglicht werden. Der **Informationsaustausch** muss grenzüberschreitend zwischen den Behörden aller Ebenen – EU, Bund, Länder, Kommunen – verbessert werden.

Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft müssen gezielter bekämpft werden. Notwendig ist der **Aufbau von lokalen Präventionszentren**, in denen gemeinsam mit den Kommunen mögliche Radikalisierungstendenzen analysiert, Gegenstrategien entwickelt und in einem bundesweiten Netzwerk zusammengearbeitet wird.

Die Politik steht auf allen Ebenen im Jahr 2017 vor der Herausforderung, immer wieder den **Dialog mit den Menschen zu suchen und für Toleranz, Zusammenhalt sowie gegen Hass und Ausgrenzung** zu argumentieren.

Wir müssen die Fakten herausstellen, im Gespräch überzeugen und deutlich machen, dass es häufig keine einfachen Lösungen gibt.

Notwendig ist ein Bündnis für Toleranz und Zusammenhalt gegen Hass und Ausgrenzung.

In diesem Bündnis sollten zum Beispiel Kommunen, Länder, Bund, Kirchen und Gewerkschaften gemeinsame Strategien entwickeln, wie man die Zunahme von Hass und das Auseinanderdriften der Gesellschaft wirksam bekämpfen kann. Dazu gehört eine Plattform, in der Strategien entwickelt und dann auch vor Ort umgesetzt werden. Vorbild könnte die Aktion „Gesicht zeigen“ sein, mit der vor einigen Jahren rechtsextremen Strömungen in Deutschland begegnet wurde.

Lassen sich mich noch ein paar Worte zur **Finanzlage der Kommunen** sagen.

Trotz der Milliardenbeiträge, mit denen der Bund die Kommunen in den nächsten drei Jahren bei der Integration der Flüchtlinge unterstützt und trotz der Aufstockung des KommuneninVESTITIONSFÖRDERUNGSGESETZES in Höhe von 3,5 Milliarden Euro, **bleibt die Finanzlage für viele Kommunen prekär.**

Trotz schwarzer Null haben viele Kommunen auch im Jahr 2017 große Finanzprobleme. Finanziell vergleichsweise gut ausgestattete Kommunen in Deutschland stehen sehr viele Städte und Gemeinden gegenüber, die trotz massiver Konsolidierungsanstrengungen nicht in der Lage sind, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Die Kommunen in Deutschland schieben einen **Investitionsrückstand in Höhe von 136 Milliarden €** vor sich her. Davon entfallen allein 34 Milliarden auf den Bereich der Schulen und Erwachsenenbildung.

Viele Infrastrukturen werden auf Verschleiß gefahren. Dieser immense Rückstand lässt sich vor dem Hintergrund der vielerorts immer noch höchst angespannten Finanzlage nur schwer reduzieren. Notwendig ist eine strukturelle Entlastung der Kommunen.

Während die Ausgaben für soziale Leistungen seit Jahren ungebremst ansteigen, stagnieren die Investitionen, da in sehr vielen Kommunen schlicht keine Spielräume vorhanden sind. Das ist aber für die Entwicklung der Volkswirtschaft fatal.

Neben den Notwendigkeiten der Erneuerungsinvestitionen kommt mit der **Digitalisierung** ein weiterer Schwerpunkt hinzu. In der digitalen Infrastruktur ist Deutschland derzeit international nicht wettbewerbsfähig. Trotz der mehr als 4 Milliarden € des Bundes für den Breitbandausbau besteht hier Handlungsbedarf.

Mit Blick auf die Ausgaben der Kommunen, aber auch des Gesamtstaates, muss klar sein, dass der steigenden Erwartungshaltung der Menschen in unserem Land nicht immer in vollem Umfang entsprochen werden kann. Dies gilt insbesondere für den Sozialbereich.

Wir können, auch mit Blick auf die demografischen Veränderungen der Gesellschaft, nicht mit immer weniger Beitragszahlern immer mehr Leistungen versprechen und erwirtschaften.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!